

# «Der Kapitalismus ist bald altmodisch»

Mit Peter Ulrich sprachen  
Juith Witterer und  
Dario Venutti in St. Gallen

Die Deutsche Bank hat im letzten Jahr einen Milliardengewinn erzielt und gleichzeitig 6000 Stellen abgebaut. Ihr Chef Josef Ackermann hat dies mit dem globalisierten Wettbewerb gerechtfertigt, für den sich die Bank risikenmüsse. Ist eine solche Haltung aus ethischer Sicht vertretbar?

Dahinter steckt ein Denkmuster und eine Überzeugung, die man auf den Begriff Sachzwangdenken bringen kann: Es ist nicht nur das moralische Recht eines Unternehmens, sondern seine höchste Pflicht, den Gewinn zu maximieren. Auf diese Weise diene es dem Allgemeinwohl am besten. Das ist eine grosse Metaphysik.

Sind Sie mit dieser Haltung einverstanden?

Natürlich nicht. Es geht zunächst darum, zu verstehen, warum jemand so handelt. Um es bildlich zu formulieren: Es gibt viele Wege nach Rom, aber nur einer ist der kürzeste. Wenn ich analog davon ausgehe, dass ich meinen Erfolg maximieren muss, dann existiert logischerweise nur mehr ein Weg: nämlich der effizienteste. In dieser Maximierungsideologie steckt ein deterministisches Moment: Wer sie vertritt, setzt sich selbst unter Sachzwang. Logisch, sieht er dann rundherum nur Sachzwänge. **Übt denn der Markt nicht einen so starken Zwang aus, dass man sich als Manager ausschliesslich an der Gewinnmaximierung orientieren muss?**

Natürlich gibt es Sachzwänge. Aber sie fallen eben nicht vom Himmel, sondern entstehen aus der Wechselwirkung der Wettbewerbsteilnehmer.

Sachzwanglogik ist also ein Teufelskreis.

Ja. Der gesunde Menschenverstand sagt uns ja schon: Wirtschaften ist Mittel und nicht Selbstzweck. Der Markt ist ein effizienter Koordinationsmechanismus, aber der Markt kann nicht wissen, wofür er effizient sein soll. Das müssen wir ihm schon sagen. Und zwar in den zwei klassischen ethischen Dimensionen. Die eine ist ein handlungsorientierender Sinnhorizont, die andere umfasst Leitplanken, moralische Verbindlichkeiten, die man nicht überschreiten soll.

Was ist ein Beispiel für eine Leitplanke?

Eine elementare Leitplanke der modernen Gesellschaft ist der Grundsatz «Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die gleiche Freiheit aller anderen beginnt». Freiheit ist also nicht der Dschungel. Es gibt natürlich Pseudoliberaler, die das Recht des Stärkeren meinen, wenn sie grenzenlose Wirtschaftsfreiheit fordern. Freiheit als ein zivilisatorisches Gesellschaftsprojekt meint hingegen eine Gesellschaft, in der sämtliche Bürger den gleichen Anspruch auf ein freies, selbstbestimmtes Leben haben. Die grundlegende Aufgabe eines liberalen Staates ist es, dies sicherzustellen. Die Liberalen des 19. Jahrhunderts hatten dies begriffen und wurden zur staatsregenden Partei, weil sie ein Gemeinwohlprojekt verfolgten.

Der heutige Liberalismus hingegen ist zu einem grossen Teil zu einem Wirtschaftsfreiberalismus degeneriert. Jene Unternehmer, die glauben, die Handels- und Gewerbfreiheit sei eine natürliche und die böse Gesellschaft wolle ihnen etwas wegnehmen, irren. Die Gesellschaft gewährt den Unternehmen diese Freiheit unter der Voraussetzung, dass sie dem Gemeinwohl dienen. Wenn das nicht mehr der Fall ist, ist es Sache der Öffentlichkeit, die Spielregeln zu ändern.

Internationale Arbeitsteilung und Automatisierung der Produktion haben zu Produktivitätssteigerungen geführt. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, und auch der Mittelstand gerät unter

ZUR PERSON

Peter Ulrich

Peter Ulrich ist Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Der Professor schaltet sich immer wieder in öffentliche Debatten ein. Er kritisiert den real existierenden Kapitalismus nicht aus marxistischer, sondern aus bürgerlicher Perspektive. Peter Ulrich: Die ethische Per-



BILD BEAT M. Peter Ulrich plädiert für ein Grundeinkommen, weil der Arbeitsmarkt die soziale Integration der Menschen nicht mehr gewährleistet.

## Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich über die menschenverachtende Sachzwanglogik der Gewinnmaximierung und die Utopie eines supranationalen Gesellschaftsvertrages

Druck. Warum glaubt man trotzdem daran, dass die Wirtschaft alle Probleme lösen kann?

Das 200-jährige industriegesellschaftliche Fortschrittsprojekt hat das Wirtschaftswachstum vor den Karren der Lebensqualität gespannt. Die Doktrin dabei ist folgender: Wer etwas leistet, dem stehen alle Türen offen und der ist seines Glückes eigener Schmedel. Seit einigen Jahren ist jedoch die entscheidende Voraussetzung nicht mehr gegeben. Nicht jedem wird eine gesellschaftlich nützliche Funktion in Form eines anständig bezahlten Arbeitsplatzes angeboten. Also ist der Arbeitsmarkt nicht mehr in der Lage, die Existenzsicherung und die soziale Integration der Menschen zu gewährleisten.

Trotzdem dreht sich die politische Diskussion um die Frage, wie Wirtschaftswachstum erzielt werden kann.

In der «Arena» beispielsweise kann man sich dazu groteske Sachzwangdebatten anhören, als ob man nicht längst schon wüsste, wie die Sachlogik einer Marktwirtschaft funktioniert. Wir haben aber heute gar kein wirtschaftspolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Kernproblem. Wenn man genauer hinschaut, merkt man, dass untergründig über etwas ganz anderes gestritten wird als über die richtigen wirtschaftspolitischen Rezepte. In Wirklichkeit geht es um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Die eine Seite will eine Gesellschaft, in der jeder sein Kapital und seine Fähigkeiten frei verwerten kann. Wer es nicht schafft, ist selber schuld. Diese Seite redet einem radikalen Individualismus das Wort. Die andere wollen für den wirtschaftlichen Fortschritt nicht den Preis einzeln sich immer weiter öffnenden sozialen Schere zahlen. Der frühere brasilianische Präsident Emilio Garrastazu Medici sagte einmal: «Der Wirtschaft geht es gut, aber dem Volk geht es schlecht.» Wir geraten auf diesen Abweg, wenn wir uns den neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht stellen.

Wohin führt die Sachzwanglogik? Gibt es am Ende in jeder Branche einen Monopolisten, der alle schwächeren Wettbewerbsteilnehmer verdrängt haben wir?

Der Effizienzdruck führt dazu, dass jeder Player immer konsequenter kalkuliert. Das führt zu einer Konzentration der Macht. Die Effizienzdruck führt dazu, dass jeder Player immer konsequenter kalkuliert. Das führt zu einer Konzentration der Macht.

Wie kann man diese Entwicklung stoppen? Zunächst einmal kann jeder Akteur bei sich selber anfangen. Er kann sich also selber Prinzipien auflegen, an die er sich in seinem Erfolgstreben hält. Das macht die Aufgabe der Unternehmensführung natürlich anspruchsvoller, aber auch sinnvoller.

Aber machen dann nicht einfach die streupeloserer Konkurrenten das Geschäft?

Richtig. Selbst auterlegte Prinzipien funktionieren nur in einer Branche, die über so etwas wie eine Branchenkultur zivilisierter Selbstregulierung verfügt. Je härter jedoch der Wettbewerb wird, umso mehr sind sonst die verantwortungsbewussten Akteure die Dummen, denn sie haben höhere Kosten. Das Problem muss dann oberhalb der Wettbewerbsene, ordnungspolitisch, gelöst werden.

Sie appellieren an den Staat?

Die Lösung ist eine politische Aufgabe. Ob sie dem Staat zufällt, ist eine andere Frage. Die meisten Branchen sind hervorragend in Verbänden organisiert. Sie könnten zunächst einmal in ihrem eigenen Haus für Ordnung sorgen und beispielsweise gemeinsame Standards etablieren, die das Verhalten in Drittweltländern mit schwachen Rechtsstaaten regeln. Wenn das nicht gelingt, ist die nächste Ebene der Staat. Das hat historisch gesehen auch gut funktioniert.

Mit der Globalisierung hat sich allerdings das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft um 180 Grad verändert. Der Standortwettbewerb ist auch ein Wettbewerb der Rahmenordnungen. In diesem Wettbewerb steht der Sieger schon von vornherein fest: das Land, das die (kosten)günstigsten Investitionsbedingungen bietet. Bei so verkehrten Anreizen resultiert ein internationaler Sachzwang zur sozial- und umweltpolitischen Deregulierung. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, braucht es übergreifende Verträge auf supranationaler Ebene. Eine entsprechende Weltwirtschaftsordnung wird sich schrittweise entwickeln, einfach weil die Vernunft es nahe legt. Die Frage ist nur, ob das schnell genug kommt.

Es besteht also die Möglichkeit, dass es zunächst zur Katastrophe kommt.

Richtig, der Weg durch das Tal der Tränen ist eine mögliche «Lösung». Angewiesen ist eine Weltwirtschaftsordnung, die die Vernunft es nahe legt. Die Frage ist nur, ob das schnell genug kommt.

schätzen. Es ist ja möglich, dass sich aus solchen Verträgen Institutionen entwickeln. Die WTO ist im Ansatz der Versuch, eine moderne Wettbewerbspolitik auf supranationaler Ebene zu etablieren. Vorläufig natürlich nur im Ansatz. Vorerst geht es der WTO um die Öffnung der Märkte. Aber der nächste logische Schritt wäre die soziale und ökologische Regulierung des Wettbewerbs.

Was uns tatsächlich fehlt, sind Institutionen, die nicht ökonomische Gesichtspunkte regeln. Die Ordoliberalen haben nach dem Zweiten Weltkrieg den Begriff «Vitalpolitik» geprägt. Vitalpolitik will die konkreten Voraussetzungen eines guten Lebens gewährleisten. Ein Beispiel dafür wäre der Skandal um amerikanisches Hormonhandels Rindfleisch. Nach dem Importverbot Frankreichs haben die USA sofort gesagt: Das ist Protektionismus. Sie glauben, Frankreich wolle die eigenen Bauern schützen. Das mag auch eine Rolle gespielt haben. Wahrscheinlich ging es Frankreich aber in erster Linie um Gesundheitsaspekte. Also um eine sinnvolle vitalpolitische Vorgabe an den Markt, damit er weiss, wofür er effizient sein soll.

«In Wirklichkeit geht es um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.»

Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert. Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert. Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert. Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert.

Welche politische oder soziale Bewegung würde die freie und gleiche Bürgerschaft umsetzen? Eine neue liberale Partei. Eine, die nicht Wirtschaftsfreiberalismus, sondern Bürgereinkommen meint. Sie würde so etwas wie einen dritten Weg verfolgen. Auf Grund-

Gesellschaft freier und gleicher Bürgerschaften, braucht es neue Methoden: müssen die Voraussetzungen der realen Bürgereinkommen ein Stück weit vom Arbeitsmarkt entkoppeln.

Das wird schwierig werden.

Im Prinzip nicht, denn administrativ handelt es sich bei der Idee eines allgemeinen Grundeinkommens oder «Bürgergelds» um ein sehr elegantes und einfaches Konzept. Es ist nur eine Frage des Willens. Wir brauchen einen demokratischen Entscheid darüber, welcher Anteil des Bruttoerzeugnisses in die Löhne, im Idealfall leistungsgerecht, und welcher Anteil anders verteilt wird. Administrativ würde das so funktionieren: Jeder Bürger erhält das Grundeinkommen pro Kopf ausbezahlt. Wer es nicht braucht zahlt via Steuererklärung wieder zurück. Der entscheidende Unterschied zur heutzutage üblichen Lohn- und Sozialhilfe ist, dass niemand als «Sonderfall» stigmatisiert wird. Die meisten Ermessensentscheidungen der heutigen Sozialstaatsbürokratie könnten entfallen. I

Sozialstaat würde bürgerlicher und zugleich schlanker und effizienter werden.

Weil der Grundlohn von Staat finanziert würde, stige die Staatsquote trotzdem.

Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert. Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert. Das Grundeinkommen wird wie alles von der Gesellschaft finanziert.